



Ausschuss für Kommunalpolitik

63. Sitzung (öffentlich)

1. Dezember 2004

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 1

**1 Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2004 und Gesetz zur Änderung
des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 und des
Solidarbeitragsgesetzes 2004/2005..... 1**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/6200

In Verbindung damit:

**Nachtragshaushaltsgesetz 2005 und Gesetz zur Änderung des
Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 und des
Solidarbeitragsgesetzes 2004/2005**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/6201

– Einführung durch den Innenminister

- Bericht durch MDgt Winkel (IM) 1
- Diskussion 3

**2 Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur
Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-
Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz – KorruptionsbG) 8**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/5952

Vorlagen 13/2528, 13/3063 und 13/3066
Zuschriften 13/4407, 13/4431 und 13/4432

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes
Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-
Korruptionsgesetz – AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes
für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz – LBG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4692

– Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den
federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform – gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Diskussion 8
- Ergebnis: *kein Votum* 13

| | | |
|----------|---|-----------|
| 3 | Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW)..... | 13 |
| | Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/5987 | |
| | Vorlage 13/3054 Zuschriften: 13/4349, 13/4352, 13/4359, 13/4365, 13/4368, 13/4428, 13/4440,13/4447, 13/4453, 13/4458 und 13/4459 | |
| | • Ergebnis: <i>kein Votum</i> | 14 |
| 4 | Abschaffung der Hundesteuer und der Jagdsteuer in Nordrhein- Westfalen..... | 14 |
| | Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/5762 | |
| | • Diskussion | 14 |
| | • Ergebnis: <i>Ablehnung</i> | 15 |
| 5 | Zweckentfremdungsverordnung flexibilisieren – Ein Beitrag zu der Regulierung der Wohnungsmärkte | 15 |
| | Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/6121 | |
| | • Diskussion | 15 |
| | • Ergebnis: <i>Ablehnung</i> | 16 |
| 6 | Für Schulen in Freiheit und Wettbewerb, weniger Bürokratie und Schulaufsicht sowie Einhaltung verbindlicher Leistungsstandards | 16 |
| | Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/5456 | |
| | Ausschuss-Protokoll 13/1308 – Neudruck – | |
| | • Diskussion | 16 |
| | • Ergebnis: <i>Ablehnung</i> | 17 |

| | | |
|----------|---|-----------|
| 7 | Befreiung von den Vorschriften der VOB/A Erster Abschnitt – 2. Modellversuch für Kommunen | 17 |
| | Vorlage 13/3098 | |
| | – Bericht des Innenministeriums zu den ersten Zwischenergebnissen | |
| | • Ergebnis: <i>Kenntnisnahme</i> | 17 |
| 8 | Abschlussbericht der Evaluation des Ausschusses für Zuwanderer- und Integrationsangelegenheiten in Solingen, des Beirats für Zuwanderung und Integration in Duisburg und des Ausländerbeirats der Stadt Bonn | 17 |
| | Vorlage 13/3069 | 17 |
| | • Ergebnis: <i>Kenntnisnahme</i> | 17 |
| | Nächste Sitzung: 12. Januar 2005 | 18 |

* * *

Er würde sich schließlich freuen, wenn neben den Koalitionsfraktionen vielleicht noch der ein oder andere nach Betrachtung der Änderungsanträge seine Bedenken über Bord werfen könnte, sodass die politischen Kräfte in Nordrhein-Westfalen in der Korruptionsbekämpfung weitgehend an einem Strang und auch in die gleiche Richtung zögen.

Monika Düker (GRÜNE) weist noch auf eine Änderung hin. Auf Seite 18 unter „Zu § 9“ solle hinter „unverzichtbar“ ein neuer Satz eingefügt werden:

„Bei der Informationsstelle sind lediglich die positiv erteilten Auskünfte zu dokumentieren.“

Manfred Palmen (CDU) regt an, angesichts des als wichtiges Signal von Minister Behrens veranlassten Beschlusses der Innenministerkonferenz und einer noch möglichen Einigung im Vorfeld der Innenausschusssitzung morgen, auf die Abstimmung heute zu verzichten und den Eindruck zu vermeiden, die CDU sei gegen eine Korruptionsbekämpfung. Dabei seien sich doch alle einig, dass die Korruption rigoros bekämpft werden müsse. Anderenfalls müsse sich die CDU enthalten, da die Änderungsanträge zu kurzfristig eingegangen seien.

Monika Düker (GRÜNE) erklärt noch einmal ausdrücklich die Bereitschaft, bis zur zweiten Lesung, sofern morgen immer noch keine Einigung erzielt worden sei, um eine gemeinsame Lösung zu ringen, und empfiehlt daher ebenfalls, heute auf ein Votum zu verzichten.

Der **Ausschuss** verzichtet auf die Abgabe eines Votums und überlässt die abschließende Beratung und Abstimmung dem federführenden Ausschuss.

3 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/5987

Vorlage 13/3054

Zuschriften: 13/4349, 13/4352, 13/4359, 13/4365, 13/4368, 13/4428,
13/4440, 13/4447, 13/4453, 13/4458 und 13/4459

Vorsitzender Jürgen Thulke leitet ein, der federführende Innenausschuss habe zum Gesetzentwurf der Landesregierung ein schriftliches Anhörungsverfahren durchgeführt, an dem sich auch die kommunalen Spitzenverbände beteiligt hätten.

Ralf Jäger (SPD) regt an, kein Votum abzugeben und dem federführenden Ausschuss die Abstimmung zu überlassen, da die Anhörung noch nicht ausgewertet sei.
– Dem folgt der **Ausschuss**.

4 Abschaffung der Hundesteuer und der Jagdsteuer in Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5762

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, der FDP-Antrag sei am 23. September an den AKo – federführend – zur abschließenden Beratung und Abstimmung sowie zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz überwiesen worden. Beide mitberatenden Ausschüsse hätten sich abschließend mit dem Antrag befasst und sich für dessen Ablehnung ausgesprochen.

Dr. Ingo Wolf (FDP) verweist im Wesentlichen auf die Antragsbegründung und unterstreicht, dass das Argument der Abschaffung darin liege, dass es sich um eine Luxussteuer handele, die gleichzeitig Bagatellsteuercharakter in den Gemeinden habe und nicht geeignet sei, als Sanktionsnorm zu dienen, was vielfach als Argument hervorgebracht werde. Hier sollte eher mit ordnungsbehördlichen Mitteln eingegriffen werden. Die Hundesteuer wie auch die Jagdsteuer seien nicht mehr zeitgemäß. Eine vernünftige Finanzreform sollte die Einnahmen der Kommunen sichern und sie sollten sich nicht auf Bagatellsteuern stützen.

Ralf Jäger (SPD) will die Diskussion des Plenums nicht gänzlich nachvollziehen, verweist auf das Datum des Antrags unmittelbar vor der Kommunalwahl und darauf, dass die Hundesteuern am Beispiel von sogenannten Kampfhunden und Großhunderassen den ordnungspolitischen Sinn hätten, die Hundehaltung gerade in Städten zu steuern. Es handele sich auch nicht um eine Bagatellsteuer. Wenn man die Aufwendungen der Kommunen für Hundehaltung betrachte, mache es Sinn, dass die Kommunen von den Haltern entsprechende Mittel über die Steuer zurückerhielten. Man lehne den Antrag ab.

Ewald Groth (GRÜNE) fügt dem hinzu, dass die Stadt Köln mit 5 Tonnen Hundekot jeden Tag zu tun habe, was im Übrigen auch keine Bagatelle mehr sei. Hier müsse schon gesteuert werden. Im Übrigen sei der Hinweis auf die Gerechtigkeitslücke, dass es bei den Hundehaltern keine Einkommensprüfung gebe, so falsch wie populär. Man bleibe bei der Ablehnung des Antrags.

Manfred Palmen (CDU) erinnert daran, dass seine Fraktion schon immer Sympathie für eine Abschaffung von Bagatellsteuern gehabt habe, aber ohne eine vernünftige Finanzreform könne man auf 75 Millionen € nicht verzichten. Gleichwohl spielten die beiden letztgenannten Argumente bezüglich der Steuerung für eine Reduzierung des